



PERSONALRATSWAHLEN

GdP erringt Mehrheit in den Personalräten der Polizei

Dienststelle	Größe des PR	Beamte			AN	
		GdP	DPolG	and. Liste	GdP	DPolG/and.
PD Nord BAB	5		4			1
PD Nord BK	9	5	3		1	
PD Nord HZ	9	6	1	1	1	
PD Nord JL	7	3	3		1	
PD Nord MD	11	3	7			1
PD Nord ÖPR	11	3	6			2
PD Nord SAW	7	3	2	1	1	
PD Nord SDL	7	2	3	1		1
PD Nord SLK	9	4	4			1
PD Nord WSP	5	2	2			1
PD Nord Stufe	9	4	4		1	
PD Ost ABI	9	5	3			1
PD Ost BAB	5	3		1	1	
PD Ost DE-RSL	7	4	2			1
PD Ost ÖPR	7	5	3		1	
PD Ost WB	7	5	1		1	
PD Ost Stufe	7	3	2	1	1	
PD Süd BAB	5	3	1		1	
PD Süd BLK	9	5	3		1	
PD Süd HAL	11	6	4		1	
PD Süd MSH	9	5	3		1	
PD Süd ÖPR	9	5	2		2	
PD Süd SK	9	5	2	1	1	
PD Süd Stufe	7	4	2		1	

Außer in sechs Personalräten im Norden Sachsen-Anhalts stellt die GdP künftig überall die Mehrheit in den neu gewählten Mitarbeitervertretungen. Die Bezeichnungen der örtlichen Personalräte orientieren sich an den Kfz-Kennzeichen der Landkreise.

PR = Personalrat; AN = Arbeitnehmer.

Mit einem großen Erfolg der GdP endeten die Wahlen zu den Personalräten am 4. und 5. Juni 2008 in der Polizei Sachsen-Anhalts.

In der neuen Polizeistruktur Sachsen-Anhalts verfügt die Gewerkschaft der Polizei über die Mehrheit in den drei neuen Stufenpersonalräten der Polizeidirektionen Sachsen-Anhalt Nord, Ost und Süd. Somit besteht nun auch in der Landeshauptstadt und in Dessau für die GdP-Vertreter in den Polizeidirektionen die Chance, ihre Vorstellungen über eine Personalratsarbeit im Interesse der Beschäftigten umzusetzen.

Auch in den örtlichen Personalräten konnte die GdP in 15 von 21 Vertretungen die meisten Sitze erringen. Ganz klar

ist, dass die GdP-Personalräte nun zeigen müssen, dass die Wählerinnen und Wähler richtig entschieden haben. Denn schließlich zeichnen sich die nächsten Aufgaben schon ab, wo es gilt, die Interessen der Beschäftigten im Personalrat wahrzunehmen und für ein soziales Klima zu sorgen, das eine Polizeiarbeit auf hohem Niveau erst möglich macht.

Allerdings – mit einer starken Gewerkschaft wie der GdP sollte dies nicht allzu schwierig sein.

An dieser Stelle sei allen Kolleginnen und Kollegen herzlich gedankt, die in den letzten Wochen und Monaten mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement die Voraussetzungen zu diesem tollen Wahlergebnis geschaffen haben.

SCHLAGLICHTER*

Montag, 9. Juni 2008

GdP-Mehrheit bei den Personalräten
Die PR-Wahlen in den Bereichen der Polizeidirektionen am 4. und 5. Juni 2008 haben sicher keine größeren Überraschungen geliefert. Klar ist, dass die GdP in allen drei Stufenvertretungen und in 15 Polizeirevieren (von 21) die Mehrheit in den Personalräten stellt

Sonntag, 8. Juni 2008

Erfolgreiche Personalratswahlen in der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost
Wir haben gewählt und uns richtig entschieden! So oder so ähnlich könnte der Tenor der Beschäftigten unserer Polizeidirektion Ost lauten

Mittwoch, 4. Juni 2008

12. Sachsen-Anhalt-Tag 2008 – und wir sind dabei – „Merseburg bezaubert“

Merseburg ist in diesem Jahr Gastgeber des traditionellen Landesfestes der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts – des Sachsen-Anhalt-Tages.

Montag, 2. Juni 2008

Tatort: Polizei – Lösung: GdP-Personalratswahl 2008

Mittlerweile hatte es sich in allen Amtsstuben herumgesprochen, dass am 4. und 5. Juni 2008 die Örtlichen Personalräte und die Stufenpersonalräte für die Polizeidirektionen des Landes Sachsen-Anhalt gewählt werden.

Montag, 2. Juni 2008

Beihilfereform: Bessere Leistungen – verpasste Chancen – DGB erreicht Verbesserungen im Beteiligungsverfahren

Mit dem Entwurf einer Bundesbeihilfereform liegt eine Vorschriftenammlung vor, die die bisherigen Beihilfevorschriften ersetzen soll.

Freitag, 30. Mai 2008

GdP-Vorschlag: Funktionshülle zur ballistischen Schutzweste

Im Zuge der Änderung der Ausstattung bei der Einführung der neuen Uniform sowie der Ausstattung mit persönlichen Schutzwesten schlägt die GdP vor, eine Wechselhülle für die persönliche ballistische Schutzweste mit verschiedenen Funktionen als Überziehvariante einzuführen.

Donnerstag, 29. Mai 2008

GdP-HANDY-AKTION – Bezirksgruppe Süd in Handylaune

„Ihr seid einfach genial“, so begeisterte Kollegen beim Empfang ihres GdP-Handys. Unsicheres Nachfragen, Kopf-

Fortsetzung auf Seite 3



Gemeinsam im Süden zum Erfolg

Danke an alle Kolleginnen und die Kollegen, die uns tatkräftig bei der Umsetzung einer funktionierenden GdP-Struktur unterstützt haben. Euch ist es zu verdanken, dass die GdP nun mit Kreisgruppen in den Polizeirevieren und der PD Haus präsent ist.

Für uns als Bezirksgruppenvorstand war es wirklich nicht einfach, den richtigen Weg dahin zu finden. Wir haben uns darüber in der Tat richtig gestritten. Wir wollten zwar schnell funktionierende Strukturen, wussten aber auch, dass starke und generelle Vorgaben nicht zum gewünschten Erfolg führen würden. Schließlich mussten sich nach der Struktur viele erst einmal neu orientieren und finden. Aus heutiger Sicht war es genau richtig, die Vorbereitung der Personalratswahlen zur Bildung funktionierender Kreisgruppen zu nutzen. Denn der Wunsch und die Aktivität ging dabei von den interessierten und engagierten Kollegen in den Dienststellen aus. Interesse, eigene Vorstellungen und Engagement sind, glaube ich, auch die beste Grundla-

ge für eine funktionierende, basisnahe Gewerkschaftsarbeit. Genauso wichtig war natürlich für uns auch die Organisation der Seniorengruppen. Auch hier haben wir geeignete Wege gefunden und brauchten nur unterstützen.

Nicht zuletzt war die GdP-Phone-Aktion Anlass und eine gute Möglichkeit, das Gespräch zu suchen und neue Strukturen zu finden. Damit haben wir den Grundstein auch für eine zukünftige effektive GdP-Arbeit gelegt. Jetzt müssen wir dieses Potenzial nur nutzen, ausbauen und für gute Unterstützung sorgen.

Hauptanteil der Arbeit leisteten GdP-Mitglieder

Ein großes Dankeschön geht an alle Kolleginnen und Kollegen, die in den Personalräten und Übergangspersonalräten die Personalratsarbeit leisteten. Es ist wieder festzustellen, dass der Hauptanteil der Arbeit von GdP-Mitgliedern geleistet wurde. Sei es bei der Begleitung der personellen Umsetzung der Polizeistrukturenreform oder bei der Arbeit in den Übergangspersonalräten, die bis zum 5. Juni 2008 tätig waren. Ihr habt meistens den Frust abbekommen, wenn Kolleginnen und Kollegen sich nicht dort wiederfanden, wo sie es sich gewünscht hatten. Wenn der Eimer Farbe verweigert wurde, der eine sich übergeben, der andere sich nicht mitgenommen fühlte, bestehende Verordnungen der einen oder der anderen ehemaligen Behörde mit dem Satz kommentiert wurden: „Das haben wir schon immer so gemacht“

Es ließe sich sicher noch eine ganze Liste von Problemen aufzählen, mit denen der Personalrat konfrontiert wurde (Arbeitszeitregelung, Bewegungs- und Bekleidungs-geld, Bereitschaftsdienste usw.). Tatsache ist, dass die Personalratsvorstände in Gesprächen mit der dienstlichen Leitung Lösungen im Interesse aller Beteiligten gefunden haben. Es sind aber noch nicht alle zufrieden. Hier besteht die Hauptarbeit im Finden von Lösungen oder Kompromissen.

Besonders möchten wir uns bei den Wahlvorständen bedanken. Durch euch war es möglich, die Wahlen für die örtlichen Personalräte und den Stufenpersonalrat, rechtlich korrekt und sauber durchzuführen. Mit viel Fleiß, Engagement und Stressbewältigung habt ihr zum

Gelingen der Personalratswahlen beigetragen. Der eine oder andere Wutschrei war sicher erleichternd und zum Glück wieder bald vergessen. Hinweis ganz am Rande: Es waren zur übergroßen Mehrheit GdP-Mitglieder, die sich wieder für die Arbeit in den Wahlvorständen und als Wahlhelfer fanden.

An dieser Stelle ist es nun auch gestattet, festzustellen, dass die Bezirksgruppe Süd der GdP Sachsen-Anhalt aus den Wahlen als stärkste Kraft hervorgegangen ist. Wir werden uns jetzt nicht ausruhen. Wir alle wissen: Es gibt noch viele Probleme, die wir im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lösen wollen.

Des einen Freud, des anderen Leid

Denn die Umsetzung und die Bewältigung der Auswirkungen der Polizeistrukturenreform ist noch lange nicht abgeschlossen. Frühzeitig und immer wieder machten Verantwortliche auf die andauernde problematische Personalsituation aufmerksam. Für die politisch Verantwortlichen war die Reform, verbunden mit der angeblichen Freisetzung von Personal von administrativer Tätigkeit, ein voller Erfolg. Viel Gegenargumente waren von der Polizeiführung nicht zu lesen.

Mit Bauchschmerzen warten die Dienststellen auf „Frühpensionierungsmodelle“ oder „Altersteilzeitmodelle“. Den Verantwortlichen und auch den verbleibenden Kollegen, die also zukünftig die Polizeiarbeit realisieren müssen, bereitet es erhebliches Kopfzerbrechen, weil sich die schon jetzt akuten Personalprobleme erheblich verschlimmern werden. Es fehlen dann noch mehr Kolleginnen und Kollegen.

Doch die Beamtinnen und Beamten, die für sich aus den unterschiedlichsten Gründen entschieden haben, dass Schluss sein soll, warten natürlich sehnsüchtig auf die Angebote, um dann schnellstmöglich aufzuatmen, wieder in Frieden zu leben und zum Teil wieder gesund werden zu können. Denn diese Polizei, diese Politik, diese Mangelverwaltung und dieser erbärmliche Umgang mit den Menschen, die ja offiziell nur noch als „Abbauprodukte“ gehandelt werden, die zu viel sind und zu viel kosten, ist einfach nur noch zum



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: isa@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Jeschke (V.i.S.d.P.)
Bahndamm 4
06862 Thießen
Telefon (dienstlich): (03 91) 2 50 20 91
Telefax (dienstlich): (03 91) 2 50 19 20 91
(privat Telefon): (03 49 07) 2 09 32
(privat Fax): (03 49 07) 3 06 98
E-Mail: Ljeschke@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04 1 83
Telefax (02 11) 71 04 1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-281X



PERSONALRATSWAHLEN



Fast schon Tradition bei Personalratswahlen und immer wieder gern besucht: Das „Hal-lenser Wahlcafé“. Die Idee, „nach der Wahl ein guter Imbiss und ein gutes Gespräch“, kam bei den Wählerinnen und Wählern an.

Die meisten wollen aufhören, nicht weil sie wirklich auf Geld verzichten können oder weil sie sich das leisten könnten. Nein, sie sehnen sich nach dem Dienstende, weil sie oftmals nicht mehr können und wollen und schon lange die Nase voll haben.

Immer deutlicher wird, dass nur fiskalische Hintergründe, nämlich leere Kassen und irgendwelche Kennzahlen, abgesehen bei Wirtschaftsunternehmen oder anderen Ländern, die Polizeiarbeit „verbessern“ sollen.

Jede Kollegin, jeder Kollege weiß es besser: Unser polizeiliches Gegenüber, bestehende Gesetze und die tägliche

Realität bestimmen unser Handeln. Der Polizist steht nach falschem Handeln und manchen Fehlern vor Gericht, nicht aber die politisch Verantwortlichen.

Lothar Faßhauer
Bezirksgruppenvorsitzender PD Süd

SCHLAGLICHTER*

Fortsetzung von Seite 1

schütteln, misstrauische Blicke und dann begeisterte Anerkennung waren wohl die typischen Reaktionen, die die Kolleginnen und Kollegen bei der GdP-Handyausgabe seit April erleben.

Donnerstag, 29. Mai 2008

GdP-Bezirksgruppe Nord – Neugründung als Herausforderung

„Eine Herausforderung“ nannte Michael Wiegert, der ehemalige Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Halberstadt, die Bildung der neuen Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord der GdP.

Mittwoch, 28. Mai 2008

„Gut, dass es uns gibt, mit schnellen und guten Informationen!“ – „Die Kriminalpolizei“

Mit ihrem aktuellen und vielfältigen Themenspektrum, einer Mischung aus Theorie und Praxis und einem Team von renommierten Autorinnen und Autoren hat sich „Die Kriminalpolizei“ in den vergangenen Jahren einen ausgezeichneten Ruf erworben.

Dienstag, 27. Mai 2008

Offener Brief an den BDK

Der BDK geht in einem Flugblatt und einem Leserbrief auf einen Artikel der Volksstimme ein und wirft der GdP eine kontraproduktive Haltung zum Personalentwicklungskonzept der Landesregierung vor. In einem offenen Brief antwortet der GdP-Landesvorsitzende.

** Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.*

GdP schafft Wechsel im Osten

Wir haben gewählt und uns richtig entschieden! So oder so ähnlich könnte der Tenor der Beschäftigten unserer Polizeidirektion Ost lauten.

Denn: In allen Dienststellen der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Ost haben die Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei die Mehrheit erzielt.

Dieses klare Votum für die Ziele der GdP ist zugleich ein Vertrauensbeweis, den es zu rechtfertigen gilt.

Ob im Stufenpersonalrat der Direktion oder in den Örtlichen Personalräten der Polizeireviere, wir als GdP müssen nun

zeigen, dass wir nicht nur guten Wahlkampf machen können, sondern auch Taten folgen lassen. Der Wechsel zugunsten der GdP im Stufenpersonalrat und im Haus der PD ist ein großer Erfolg für die Mitglieder der GdP in der Bezirksgruppe (BG) Ost. Nach Ablauf der konstituierenden Sitzungen werden wir die Situation analysieren. Es wird einen neuen Bezirksgruppenvorstand (mit Bündelung der Aufgaben), stabile Strukturen und organisierte Abläufe geben. Unsere Mitglieder haben einen Anspruch darauf zu wissen, wer und wo ihre Ansprechpartner sind. Wenn sich der Rauch der Handys, der

PSW-Karten und des Wahlkampfes verzogen hat, gilt es, sich wieder den Fachthemen zuzuwenden. Es gilt,

- neu entstandene Problemfelder (PSR) aufzugreifen und eine Klärung herbeizuführen,
- die gegenwärtig inakzeptable Beurteilungspraxis und
- mögliche zu erwartende Beförderungstermine wachsam zu begleiten

Das alles sind akzeptable Betätigungsfelder, für die wir gewählt worden sind.

Mit uns war und ist zukünftig zu rechnen. Danke für Euer Vertrauen.

Volker Kaatz



Themen brannten auf den Nägeln

Magdeburg. Es wurde wieder einmal Zeit zur Diskussion – einige Themen brannten den Kollegen des Fachausschusses schon lange auf den Nägeln.

Von den Ausschussmitgliedern Michael Hoffmann (Vorsitzender), Sabine Wübbenhorst, Wolfgang Kummerländer, Ralf Mosert, Uwe Bollmann und Sven Schubert wurden die Informationen und Forderungen von Kollegen zum möglichen Einsatz des als Waffe eingestuftes „Tasers“ bei der Polizei Sachsen-Anhalt sehr ernstgenommen und folgerichtig auf die Tagesordnung gesetzt. Dem folgten intensive Recherchen und Beratungen im Fachausschuss. Die Aussagen zur Wirksamkeit des Tasers, den damit einhergehenden Gefahren und praktischen Erfahrungen waren ziemlich unterschiedlich. Viele Darstellungen stammen von Herstellern oder Firmen, die am Verkauf der Geräte beteiligt sind, also absatzorientierte Informationen. In Sachsen-Anhalt ist dieses Gerät im SEK vorhanden. Ein Kollege von der FH Polizei hat die Wirksamkeit in einem Seminar sogar am eigenen Leibe gespürt. Allerdings gaben uns viele Berichte über mögliche und in anderen Ländern schon eingetretene schwere Folgen des Taser-einsatzes sehr zu denken. Wir beschlossens darum, die Ergebnisse eines Pilotprojekts beim SEK Bayern abzuwarten, ehe wir uns über die mögliche Einführung des Gerätes sowie die dazu nötigen Sicherheits- und Schulungsmaßnahmen positionieren. (Die DP berichtete bereits in der Ausgabe 11/2005 auf den Seiten 4 und 5 über den Taser. – Die Red.)

Fragen zu Dienst- und Schutzkleidung

Weiterhin beschäftigte sich der Fachausschuss Schutzpolizei auch mit dem Thema Dienst- und Schutzkleidung der Landespolizei, weil viele Anfragen, Bedenken und Fragen zum Thema „blaue Uniformen“ an seine Mitglieder herangetragen wurden. Die Kollegin Sabine Wübbenhorst berichtete über den Sachstand bei der Einführung der blauen Uniformen.

Der Trageversuch mit 100 Probanden im Land war am 10. Januar 2008 beendet. Die Ausgewählten hatte eine ganze Menge Hausaufgaben zu erledigen, denn das

Bekleidungs-service-Center (BSC) hatte jedem einen dicken Paken Fragebögen mitgegeben. Hier ging es um die Akzeptanz über die Anzahl der Taschen oder Gürtelschlaufen bis hin zu Fragen nach dem Waschen und Bügeln. Die Probanden hatten die Möglichkeit, jedem Artikel aus der neuen Kollektion nach dem Trageversuch eine Note analog

der Schulnoten zu erteilen. Schon dieser Notenspiegel bot ein positives Ergebnis.

Die gesamte Kollektion der neuen, funktionaleren, blauen Uniform wurde von den Probanden angenommen. Die Auswertung der Fragebögen hat eine ganze Reihe von Hinweisen und Anregungen zur Verbesserung der Kollektion ergeben. Es sind Hinweise zur Qualität der verarbeiteten Materialien, der Anordnung von Taschen und Gürtelschlaufen sowie der Schriftzüge eingegangen. Alle diese Hinweise können durch das BSC bei der Einführung der neuen Uniform berücksichtigt werden. Infolge der fleißigen Mitarbeit der Tester sind auch zwei weitere Artikel neu in die Ausstattung aufgenommen wurden. Es handelt sich um eine Strickjacke und einen Unterziehhölli. Mit diesen beiden Artikeln ist eine noch individuellere, dem persönlichen Bekleidungsempfinden entsprechende Kombinationsmöglichkeit der einzelnen Uniformteile gegeben. Auch dem Wunsch nach einer fertig gebundenen Krawatte wird natürlich entsprochen.

Der Bericht des BSC zur Auswertung des Trageversuches liegt dem Innenministerium bereits vor. Nun muss dieses im Zusammenwirken mit dem Polizeihauptpersonalrat (PHPR) in einem Erlass festschreiben, wie es mit der blauen Uniform weitergeht und wann sie eingeführt wird.

Innenminister Hövelmann hat bei mehreren Gelegenheiten betont, dass eine Ausstattung nur im Rahmen der Ersatzbeschaffung realisiert werden kann und dafür keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen. Leider führt die damit



Der FA Schutzpolizei diskutierte wichtige Fragen der Bekleidung und Ausrüstung.

notwendige Zug-um-Zug-Ausstattung für einen längeren Zeitraum zu einem unterschiedlichen Erscheinungsbild der Pflichtuniformträger. Der Fachausschuss wird sich weiterhin mit diesem Thema auf seinen Beratungen aktuell beschäftigen und die Umsetzung kritisch im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen begleiten.

Mit der Einführung der neuen Uniformfarbe und der persönlichen ballistischen Schutzweste für die Kollegen kamen weitere Fragen auf, die im Fachausschuss diskutiert wurden.

Im Sommer mit Wechselhülle

Die Ausstattung der Polizei mit den ballistischen Schutzwesten wurde positiv aufgenommen. Weiter wurde die Frage diskutiert, ob alle Kollegen diese Weste bei hochsommerlichen Temperaturen unter dem Hemd tragen werden, da die Schutzweste auch zu einer Belastung werden kann. In diesem Zusammenhang wurde über einen Vorschlag beraten, für die Polizei eine Wechselhülle für die persönliche ballistische Schutzweste mit verschiedenen Funktionen als Überziehvariante einzuführen.

Diese Wechselhülle sollte es möglich machen, das ballistische Paket und Bestandteile der persönlichen Ausrüstung aufzunehmen. Weiterhin sollte in diese Weste auch der zusätzliche Sticheschutz integriert werden können. Somit könnte das vorhandene Gürtelsystem entlastet, die Ausrüstung besser erreichbar sein und die Handhabung verbessert werden. Ebenso sollte es möglich sein, an dieser



FACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

Westenhülle die geplanten digitalen Funkgeräte unterzubringen.

Die vorgeschlagene Westenhülle eröffnet die Möglichkeit, die ballistische Schutzweste auch als Überziehschutzweste tragen zu können. Sie bietet aufgrund ihrer erweiterten Funktionalität mehr Tragekomfort, mehr Sicherheit, mehr Handlungsspielraum und somit eine wesentlich

höhere Akzeptanz bei den Polizeibeamten. Durch diese funktionelle Westenhülle kann die Schutzweste auch im Hochsommer auf Grund ihrer Funktionstaschen im Funkstreifenwagen mitgeführt werden und bei Einsätzen in kürzester Zeit angelegt werden.



So könnte die neue Funktionshülle für die ballistische Schutzweste aussehen.

Das soll dazu führen, dass die Polizeibeamten auch bei sehr warmen Temperaturen die persönliche Schutzweste immer mitführen, da sie nicht ständig unter dem Hemd getragen werden muss. Erfahrungen und die praktische Anwendung einer Funktionshülle für die ballistischen

Schutzweste sind in anderen Bundesländern vorhanden. Der Fachausschuss fasste nach der Diskussion den Beschluss, dass ein Antrag an den GLBV der GdP gestellt werde, dem Innenminister die Einführung der Schutzwestenhülle vorzuschlagen.

Weil aus Polizeidienststellen Bedenken über die Umsetzung des Versorgungserlasses an Mitglieder des Fachausschusses herangetragen wurden, war auch dieses Thema Gesprächsgegenstand. Im Ergebnis der Diskussion wurde Änderungsbedarf zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesehen. Mit der Umsetzung des neuen Erlasses gibt es noch keine ausreichenden Erfahrungen, die eine Überprüfung rechtfertigen könnten. Der Fachausschuss wird die Entwicklung aber im Auge behalten und sich später nochmals mit diesem Thema beschäftigen. Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, ihre Erfahrungen zu diesem Thema an den Fachausschuss Schutzpolizei weiterzugeben.

Michael Hoffmann

BEZIRKSGRUPPE

GdP traf sich mit Polizeipräsidenten

Magdeburg. Am Donnerstag, 8. Mai 2008, traf sich der Vorstand der GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord mit dem Polizeipräsidenten Johann Lottmann.

Der Vorstand wurde durch den Vorsitzenden Michael Wiegert, seine Stellvertreter Heiko Krause und Jens Isensee sowie die Frauenbeauftragte Nancy Jahr und unsere Spitzenkandidatin für die Stufenpersonalratswahl im Bereich der Arbeitnehmer, Anke Günther, vertreten. Gesprächsthemen waren, wie so oft, die Probleme der Kollegen und die Missstände in den Dienststellen. Die Strukturreform PSR 2007 wirkt immer noch nach und das Ziel, eine effektivere Struktur aufzubauen, ist immer noch nicht ganz erreicht. So wurde in verschiedenen Bereichen die Zuordnung der Revierstationen geändert, was zur Verwirrung bei den Polizeibeamten führte. Über den 4-m-Kanal soll in den Revieren geführt und es sollen die Einsätze koordiniert werden. Das ist nicht einfach, wenn zum Beispiel fünf Dienststellen einen Funkkanal nutzen

und sich die Funkgespräche überschneiden. Aber das nur am Rande.

Arg strapaziert werden die Kollegen bei den teilweise sehr kurzfristig anberaumten Einsätzen der LEO „Elbe“. Die Kurzfristigkeit ist teilweise nicht verständlich, da es sich oft um Zeitlagen handelt. Auch stößt es auf Unverständnis, wenn Einsätze in der Landeshauptstadt mit einem sehr hohen Kräfteansatz geplant werden und die restlichen Bereiche bei ähnlicher Lage deutlich weniger Polizeikräfte erhalten. Vielleicht ist das ein Grund, warum der Krankenstand so hoch wie noch nie ist. Augenmerk sollte man auf die bisher angefallenen Mehrdienststunden richten, hier ist ein erheblicher



Beim Treffen mit dem Polizeipräsidenten ging es vor allem um die Auswirkungen der PSR 2007. V. l. n. r.: Nancy Jahr, Heiko Krause, Anke Günther, Michael Wiegert und Johann Lottmann.

Zuwachs gegenüber den vorherigen Jahren zu verzeichnen. Anke Günther mahnte an, dass sich bei der Änderung des Arbeitsfeldes für Beschäftigte eine neue Arbeitsplatzbeschreibung notwendig macht. Hier könne eine Höhergruppie-

Fortsetzung auf Seite 7





INFO DREI

Wie geht es der Heilfürsorge in . . .

... Thüringen?

Thüringen hat sich bei seinen Polizeivollzugsbeamten für das System der Beihilfe entschieden. Zwar bestimmt das Thüringer Beamtengesetz, dass Polizeibeamte freie Heilfürsorge erhalten solange ihnen Besoldung zusteht. Näheres dazu wird aber im Thüringer Besoldungsgesetz bestimmt.

Dort ist dann nachzulesen, dass nur Polizeibeamte, die sich im Vorbereitungsdienst für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst befinden, unentgeltliche Heilfürsorge erhalten. Alle anderen Polizeibeamten erhalten freie Heilfürsorge nur im Rahmen von Einsätzen und Übungen.

Alle Versuche der GdP, daran etwas zu ändern, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. Von Seiten des Finanzministeriums wird immer wieder das Kostenargument ins Feld geführt. Das GdP-Argument, dass Thüringen die schlechteste Laufbahnstruktur und die wenigsten Beförderungsdienstposten aller Bundesländer hat, vermochte bisher ebenfalls nicht zu überzeugen.

Probleme im System der Heilfürsorge treten immer wieder dadurch auf, dass der Zeitraum der Bearbeitung von Beihilfeanträgen zum Teil bis zu acht Wochen und mehr beträgt. Nur bei höheren Behandlungssummen gibt es eine beschleunigte Bearbeitung. Bisher ist es auch nicht möglich, dass zum Beispiel Krankenhäuser direkt mit der Beihilfestelle abrechnen dürfen. Im Gegensatz zu verschiedenen privaten Krankenkassen weigert sich das Land bisher, einen solchen Service für seine Beamten anzubieten.

Das Beihilfesystem insgesamt ist für die Berechtigten dabei kaum noch zu überschauen. Durch ständige Veränderungen im Sozialversicherungsrecht, welche in der Beihilfe nachvollzogen werden, haben die Betroffenen kaum noch einen Überblick. Die GdP Thüringen fordert deshalb eine direkte Abrechnung zwischen Leistungserbringern und Beihilfestelle.

Edgar Große

... Sachsen?

Im Krankheitsfall und zur Gesundheitsvorsorge gewährt der Freistaat Sachsen Polizeivollzugsbeamten Heilfürsorge als Sach- und Dienstleistung entsprechend den Bestimmungen der sächsischen Heilfürsorgeverordnung. Art und Umfang der Leistungen orientieren sich weitestgehend an denen der gesetzlichen Krankenkassen. Sie müssen ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sein und dürfen das notwendige Maß nicht überschreiten.

Übernommen werden alle ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen, die abrechnungs- oder verordnungsfähig sind (grüner Behandlungsschein, Rezepte). Bestimmte Leistungen bedürfen der vorherigen Genehmigung, darunter Zahnersatzversorgungen, Parodontosebehandlungen, Rehabilitationsleistungen, Psychotherapien, Sehhilfen.

Die Zuzahlungsregelungen der Heilfürsorge weichen von denen der gesetzlichen Krankenkassen ab.

Nicht erhoben werden Zuzahlungen im Krankenhaus, bei Heilmittelverordnungen sowie bei Arzneimitteln und die Praxisgebühr.

Weitere Informationen sind im Intranet bzw. Internet eingestellt. Für Rückfragen stehen die Regionalstellen in Dresden, Chemnitz und Leipzig zur Verfügung.

Auch zukünftig soll das System Heilfürsorge erhalten bleiben.

Es ist beabsichtigt, die geltende Heilfürsorgeverordnung vom 23. 3. 2000 zu überarbeiten und an den geänderten Leistungsrahmen anzupassen. Bemängelt wurde vom Sächsischen Rechnungshof die im Vergleich zu gesetzlichen Krankenkassen und der Beihilfe geringen Belastungen Heilfürsorgeberechtigter bei Zuzahlungen. Aus diesem Grund ist bei Neufassung der Heilfürsorgeverordnung neben der Aufnahme neuer Leistungen auch mit einer Ausweitung der Zuzahlungsregelungen zu rechnen. Gegenwärtig können konkrete Angaben noch nicht gemacht werden.

Torsten Scheller

... Sachsen-Anhalt?

Mit der Neufassung der Heilfürsorgebestimmungen für die Polizeivollzugsbeamten 2003 traten gravierende Änderungen in Sachsen-Anhalt in Kraft. Deutlicher als der Wegfall des Wortes „freie“ in Bezug auf die Heilfürsorge kann man es nicht beschreiben.

Der Innenminister versuchte damals eine weitgehende Übernahme der Änderungen zur Selbstbeteiligung von Versicherten an den Kosten der medizinischen Versorgung in die Heilfürsorgebestimmungen für die Polizeivollzugsbeamten des Landes Sachsen-Anhalt aufzunehmen.

Neben den bestehenden Kostenbeteiligungen wurden weitere Zuzahlungsregelungen in die Heilfürsorgebestimmungen aufgenommen. Dies betrifft den Leistungsbereich der Inanspruchnahme von ambulanter psychotherapeutischer und zahnärztlicher Behandlung (so genannte „Praxisgebühr“), der häuslichen Krankenpflege sowie die Inanspruchnahme von Haushaltshilfe.

In einem Gespräch des Ministerpräsidenten am 23. 3. 2005 mit der GdP führte der Verweis auf die immer noch fehlende Chipkarte dazu, dass die Landesregierung vom Plan abrückte, eine Praxisgebühr für den Besuch beim allgemeinen Arzt einzuführen.

Ende 2007 folgte dann der nächste Versuch, die Heilfürsorgebestimmungen zu ändern. Das Innenministerium hatte geplant, ab Mai 2008 von allen Polizeivollzugsbeamten 1,4 Prozent ihrer Nettobesoldung als Beitrag für die Heilfürsorge zu kassieren. Die GdP hatte sofort im Polizeihauptpersonalrat dagegen protestiert und dies auch gegenüber dem Innenministerium deutlich gemacht. Nun legte der Innenminister fest: Dieser Betrag wird nicht einbehalten. Frühestens im Jahr 2010 soll wieder darüber diskutiert werden, ob eine solche Zahlung für die Heilfürsorge notwendig ist.

Übrigens können alle Heilfürsorgeberechtigten ab 1. 1. 2008 die Vorteile einer Krankenversicherungskarte nutzen.

Uwe Petermann



GdP-BEZIRKSGRUPPEN

Information ist wichtig!

Magdeburg. Information ist wichtig! Diese eigentlich selbstverständliche Erkenntnis belegten die GdP-Mitglieder des Landeskriminalamtes eindrucksvoll in ihrer Mitgliederversammlung. In einer Behörde wie dem LKA, wo viele Bereiche wenig Kontakt miteinander haben, ist die Gefahr groß, dass wichtige Informationen nicht jedem, auch nicht jedem GdP-Mitglied bekannt sind. Eine Sammel-E-Mail kann nicht alle Fragen beantworten. Deshalb sind Mitgliederversammlungen eine gute Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und im Gespräch Klarheit zu verschaffen.

Themen zur Diskussion hatte die letzte Zeit genügend gebracht: Ob Frührentenkonzept, Umstrukturierung des LKA oder die kommende Beförderungsrunde. Die Kolleginnen und Kollegen hatten Fragen und wo es möglich war, wurden sie vom Vorstand der Bezirksgruppe sofort beantwortet.

Eine Veränderung gab es im Vorstand: Hella Schneidewind, langjährige Schriftführerin, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Die GdP-Mitglieder bedankten



Abschied mit Sträußchen: Hella Schneidewind ging in den Ruhestand.

sich bei ihr mit einem herzlichen Applaus. Frank Gebhardt wurde zu ihrem Nachfolger gewählt.

Lothar Jeschke

Neugründung als Herausforderung (Teil II)

Schluss aus Ausgabe 6/2008

5. Personalratswahlen – neue Strukturen darstellen, Anteil der GdP-Mitglieder in Personalräten erhöhen, geschlossenes Auftreten, Vertrauen in GdP-Arbeit, besonders im Bereich Magdeburg, zurückgewinnen; Nutzung Briefwahl. Spitzenkandidaten: Anke Günther, Beschäftigtenvertreterin, Heiko Krause, Beamtenvertreter;

6. Mitgliederbetreuung und Mitgliederengewinnung – Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder;

7. Seniorenarbeit – ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Vorstandsarbeit, da der Anteil der Senioren stetig wächst.

Die GdP-Bezirksgruppe Polizeidirektion Nord organisiert 1492 Gewerkschaftsmitglieder. Auch das ist eine große Herausforderung und sie wird es bleiben. Gute Organisation und Zusammenarbeit, engagierte Mitarbeit jedes einzelnen Mitglieds und nicht nur des Vorstandes werden auch in Zukunft zwingende Voraussetzungen für die Erfolge in der Bezirksgruppe sein. Welche unmittelbaren Auswirkungen gute oder weniger gute Gewerkschafts- und Personalratsarbeit auf jeden hatte, haben gerade die Polizeibeschäftigten der Landeshauptstadt erfahren müssen. Dies sollte für alle Motiv genug sein, die Arbeit der neuen GdP-Bezirksgruppe nach Kräften zu unterstützen.

Lothar Jeschke

BEZIRKSGRUPPE

Fortsetzung von Seite 5

rung bzw. sogar eine Verbeamtung in Betracht kommen. Das Land habe sehr viel Geld in die Beschäftigten und deren Ausbildung investiert, was nicht außer Betracht gelassen werden dürfe. Hier ist ein Abbau der Anzahl genauso unverständlich wie bei den Beamten. Herr Lottmann lässt die Möglichkeiten der Höhergruppierung bzw. Verbeamtung durch die Dezernate prüfen.

Aber zurück zu den Einsätzen. Michael Wiegert sprach erneut die Verpflegung bei den Einsätzen an. Diese war schon einmal besser und trägt erheblich zur Motivation der Kollegen bei. Als ehemaliger Hundertschaftsführer ist ihm die Kritik an den vergangenen Einsätzen bekannt und er bittet darum, die Zweckmäßigkeit des Versorgungserlasses zu prüfen. Hier stehe noch eine Berichtserstattungspflicht gegenüber dem Innenministerium aus, so Herr Lottmann, da könne man auf dieses Problem aufmerksam machen.

Der Polizeipräsident freute sich über die offenen Worte und bedankte sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Für die aufgezeigten Probleme versprach er eine zügige Prüfung und Besserung. Nach so vielen Problemen und Sorgen gab es auch etwas Erfreuliches für Herrn Lottmann. Dieser ist seit 1967 Mitglied der GdP und erhielt sein persönliches Handy von Michael Wiegert überreicht. So kann auch Herr Lottmann, wie alle anderen GdP-Mitglieder, die Dienststellen und andere GdP-Mitglieder kostenlos erreichen. Weiter angesprochene Schwerpunkte sind die vorgesehenen Beförderungen 2008, das Verhältnis zwischen den ehemaligen Mitarbeitern der Polizeidirektionen Magdeburg, Stendal und Halberstadt, das Gesundheitsmanagement, der Stand der Verteilung der Technik und der Zustand der Polizeidienstgebäude. Über die Lösung der dargelegten Probleme werden wir berichten.

Jens Isensee

RECHTSBERATUNG

Im Juli 2008 finden an folgenden Tagen Rechtsberatungen im Landesbüro der GdP Sachsen-Anhalt, Halberstädter Str. 120 in 39112 Magdeburg statt:

Donnerstag, 3. Juli, Donnerstag, 10. Juli, und Dienstag, 29. Juli, jeweils von 10.00 bis 16.00 Uhr.

Wie immer wird Rechtsanwalt Frank Schröder, Fachanwalt für Arbeitsrecht, GdP-Mitglieder während dieser Zeit beraten. Auch telefonische Kontakte unter Tel.-Nr. 03 91/6 11 60 10 sind während der Beratungstermine möglich.



GdP-Handys auch für Senioren

www.GdP-Phone.de



...telefonieren bis der
Digitalfunk kommt.

Auch für Senioren,
bitte meldet euch
bis zum 15. Juli 2008
bei euren Kreis- oder
Bezirksgruppen, ob ihr
ein gdp-phone nutzen
wollt.

Mit der GdP bist Du der
Zeit eine Idee voraus...

e-plus⁺ NOKIA
Connecting People

ZITAT

„Im Gegensatz zu dem sich ver-
ringernden Personalkörper wird
sich der Aufgabenumfang für
die Polizei nicht verringern, es
wird vielmehr zu einer Aufga-
benverdichtung kommen.“

*Aus dem 2. Gesundheitsbericht für die
Landespolizei Sachsen-Anhalt*

REDAKTIONSSCHLUSS

Achtung Änderung!

Redaktionsschluss für die Ausgabe
9/2008 ist aus organisatorischen Gründen
schon am

Freitag, 1. August 2008.

Für die Ausgabe 8/2008 bleibt es beim
Redaktionsschluss am

Dienstag, 8. Juli 2008.

Für Manuskripte, die unverlangt ein-
gesandt werden, kann keine Garantie
übernommen werden. Anonyme Zu-
schriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

PK*in A 9 g. D. sucht
Tauschpartner
aus Berlin/Brandenburg/
Sachsen-Anhalt/Sachsen
Erreichbar unter
01 73/5 21 92 62 oder
per E-Mail: jana2307@aol.de

